FRAKTIONS-REPORT

Fraktion Die Linke in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg März 2024

Die Fraktion mit ihren Gästen Gesine Lötzsch, Camilla Schuler, Hendrikje Klein und Sebastian Schlüsselburg vor dem Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH). Im Konferenzraum des KEH hat die Klausur stattgefunden.

Vertrauen durch **Glaubwürdigkeit**

Wir wollen glaubwürdig sein und das Vertrauen der Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger erlangen. Wir stehen für ein klares inhaltliches Angebot. Wir machen keine leeren Versprechungen und setzen uns konsequent für ihre Anliegen ein. Mit diesem Anspruch fand die Klausurtagung der Lichtenberger Linksfraktion statt.

Ein solches Anliegen ist das Kultur- und Bildungszentrum. Wir wollen auf der großen Freifläche zwischen Falkenberger Chaussee, S-Bahnhof Hohenschönhausen und Kino „Cinemotion“ nicht nur den Bau von 500 Wohnungen, sondern auch neue Angebote für den bestehenden Stadtteil. CDU und SPD haben die Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums verschleppt. Mit unserer neu für Stadtentwicklung zuständigen Stadträtin Camilla Schuler werden wir die Planung von Bibliothek, Veranstaltungssaal und sozio-kulturellen Angeboten anstoßen.

Dabei wissen wir um die katastrophale Haushaltssituation im Land. SPD und CDU gefährden mit ihrem Kürzungskurs das Funktionieren unserer Stadt. Schon jetzt sind in Lichtenberg die Auswirkungen spürbar: Die Finanzierung der Anlaufstelle Bürgerbeteiligung ist halbiert, die Kontrolle in den Grünanlagen durch die Parkläufer reduziert worden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Beratung war die Verkehrssituation im Kaskelkiez. Durch die unglückliche Kommunikation der für Verkehr zuständigen grünen Stadträtin ist der Kiez aufgebracht. Die Linke steht weiterhin zur Verkehrsberuhigung im Kaskelkiez, ging doch dieser Entscheidung ein Einwohner:innenantrag mit 1400 Unterschriften voraus. Allerdings sind neben der Sperrung der Stadthausstraße zusätzliche Maßnahmen zur Verkehrslenkung erforderlich. Wir wollen genau hinhören, welche Vorschläge hierfür auf der EinwohnerInnenversammlung am 29. Februar unterbreitet werden.

Für diese inhaltlichen Ziele brauchen wir parlamentarische Mehrheiten. Die größten Übereinstimmungen – seien es der Ausbau von Bus und Bahn oder die Sicherung von Produktionsflächen für das lokale Gewerbe – haben wir mit SPD und Grünen. Hier setzen wir auf Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Das bedeutet auch, dass wir klare Erwartungen an unsere Kooperationspartner haben. Die Vorgänge um Kevin Hönecke, nach denen er mit intriganten Methoden der Linken im Wahlkampf schaden wollte, belasten dieses Verhältnis. Von der SPD erwarten wir deshalb, dass sie die Hängepartie im Bezirksamt schnellstmöglich beendet. Entweder werden alle Vorwürfe zurückgenommen, oder aber die SPD besetzt die ihr zustehende Position im Bezirksamt neu.

CHRISTIAN PETERMANN

KOMMENTAR

Wir bleiben das Original

Die Zeiten, in denen mit der Herkunft und dem gesellschaftlichen Stand auch die Parteienbindung in die Wiege gelegt wurden, sind glücklicherweise vorbei. Wählerinnen und Wähler sind sehr viel freier, ihre Wahlentscheidung jedesmal neu festzulegen. Das wirkt sich auch auf die Parteienlandschaft aus.

Dieser gesellschaftliche Trend geht an der Linken nicht vorbei. Wir merken dies mit steigenden und sinkenden Wahlergebnissen. Wir merken dies auch, weil drei Mitglieder der Fraktion sich entschieden haben, der neuen politischen Formation unter Sahra Wagenknecht beizutreten.

Wir bedauern diesen Schritt, weil er Die Linke schwächt und weil damit die gesellschaftlich progressiven Kräfte insgesamt geschwächt werden. Wir verurteilen diesen Schritt, weil nicht erkennbar ist, dass die drei ihr durch Die Linke errungenes Mandat zurückgeben. Der politische Neuanfang beginnt mit einem Betrug an den Wählerinnen und Wählern.

Dennoch ist der Austritt aus Partei und Fraktion richtig. Wer sich von den linken Werten entfremdet hat, muss auch politisch eigene Wege gehen.

Wir, die verbleibenden elf Mitglieder der Linksfraktion, fühlen uns weiterhin den Ideen einer Welt verpflichtet, die friedlich, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist. Internationale Solidarität ist für uns kein Fremdwort. Nationale Egoismen sind nicht nur moralisch fehl am Platze, sondern auch, weil die Probleme dieser Welt an den eigenen Grenzen nicht halt machen. Unser Verständnis von Politik ist größer als reine Empörung. Unser Verständnis von Politik heißt auch, jenen eine Stimme zu geben, die nicht gehört werden. Wer uns wählt, weiß, wofür wir stehen, dass wir Probleme nicht nur benennen, sondern lösen. In diesem Sinne: Bleiben Sie uns gewogen und entscheiden Sie sich für das Original an Vernunft und Gerechtigkeit.

CHRISTIAN PETERMANN

Ein Zeichen der **Solidarität und des Mitgefühls**

Die brutalen Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Israel haben uns alle zutiefst erschüttert. Ebenso die schrecklichen Folgen, der Krieg im Gazastreifen mit all seinen furchtbaren Konsequenzen für die Zivilbevölkerung.

Ende Dezember vorigen Jahres erhielt ich als Vorsitzende des Ausschusses Partizipation und Integration in der BVV Lichtenberg Post von einer Lichtenberger Bürgerin. Sie hatte sich an unterschiedlichste politische Akteure mit der Bitte gewandt, eine Initiative zu unterstützen, deren Anliegen politische Patenschaften für von der Hamas verschleppte israelische Geiseln ist. Alle im Ausschuss vertretenen demokratischen Parteien begrüßten dieses Engagement und beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, eine solche politische Patenschaft zu übernehmen. Und zwar – mit Einverständnis ihrer Familie – für Agam Berger. Sie ist eine 20-jährige Musikstudentin, die passioniert Geige spielt und sich für benachteiligte Kinder einsetzt. Seit ihrer Entführung gibt es kein Lebenszeichen mehr von ihr.

Agam Berger ist passionierte Geigerin.

Für uns hat die Befreiung dieser unschuldigen jungen Frau und aller anderen Geiseln höchste Priorität. Wir wollen mit der Patenschaft Agam Berger und ihre Angehörigen ganz konkret, zum Beispiel bei der gesundheitlichen und psychologischen Betreuung, unterstützen, ein Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls setzen. Wir werben für weitere Patenschaften in Berlin. Und wir wollen zeigen, dass Antisemitismus keinen Platz bei uns hat – nicht im Land, nicht in der Stadt, nicht im Bezirk Lichtenberg.

TATJANA BEHREND

Sabotiert der Senat eine neue S-Bahn für den Osten?

Seit fast einem Jahr regiert der neue Senat aus CDU und SPD in Berlin. Vor allem Menschen, die außerhalb der Berliner Innenstadt wohnen, haben sich bei der letzten Wahl für die CDU entschieden, denn die Partei hatte das Blaue vom Himmel versprochen: Grüne Wellen für den Autoverkehr, neue U-Bahnlinien bis an den Stadtrand und aufgeständerte Magnetbahnen, um schnell von A nach B zu kommen.

Doch viele CDU-Versprechen zerschellen erwartungsgemäß an der Realität: Mehr grüne Wellen seien praktisch nicht mehr möglich, hieß es kürzlich. Die Kosten für die U 3-Verlängerung um eine einzige (!) Station verdoppelten sich gerade auf über 100 Millionen Euro. Und der Bund lehnt jede finanzielle Unterstützung für Magnetbahnen ab. Neue Bahnverbindungen müssen also auf bewährte Technologien setzen und günstig oberirdisch gebaut werden.

Die stark wachsenden Bezirke Lichtenberg, Marzahn und Köpenick könnten relativ einfach mit einer neuen S-Bahn an den Flughafen BER angeschlossen werden: Hierzu muss nur die bestehende Bahnstrecke Berliner Außenring erweitert werden. Für dieses „NVT" genannte Projekt werden seit Jahrzehnten Flächen freigehalten.

Im Biesenhorster Sand könnte eine S-Bahn-Strecke entstehen.

Doch nun hat der Senat beschlossen, einen Teil der Flächen stattdessen mit der Schnellstraße „TVO" zu bebauen. Statt umweltfreundliche Mobilität für alle zu ermöglichen, dürften nur Menschen mit Auto die neue Querverbindung nutzen. Wir als Linke fordern, dass beim Bau der Schnellstraße die Erweiterung der Schienenverbindung unbedingt freigehalten wird. Unser BVV-Antrag (DS/1052/IX) sieht vor, die Straßenplanung so zu ändern, dass die neue S-Bahn nicht gefährdet wird.

ALEXANDER ROSSMANN

Kitaplätze im Prinzenviertel erhalten

Die Kita Glücksallee in Karlshorst steht vor einer unsicheren Zukunft. Die Immobilie, in der die Kindertagesstätte untergebracht ist, wurde im letzten Jahr zwangsversteigert. Der neue Eigentümer macht von seinem Sonderkündigungsrecht Gebrauch, was die Schließung der Einrichtung zur Folge hat. Ungefähr 40 Kinder und Familien sind dadurch direkt damit konfrontiert, im Sommer einen neuen Kitaplatz in Wohnortnähe zu benötigen. Auch wenn die Kitaplatz-Entwicklung bezirksweit in den vergangenen Jahren insgesamt positiv war, ist es noch immer nicht einfach, in Wohnortnähe zeitnah einen Kitaplatz zu ergattern.

Die Kita Glücksallee soll im Sommer geschlossen werden. Die Linke macht sich für ihren Erhalt stark.

Wir haben mit unserem dringlichen Antrag (DS/1081/IX) in der Januar-BVV dem Anliegen politischen Rückenwind gegeben. Darin fordern wir das Bezirksamt auf, sich unverzüglich mit dem neuen Eigentümer in Verbindung zu setzen und darauf hinzuwirken, dass der Betrieb der Kita über den Juli hinaus möglich bleibt. Gleichzeitig muss die Suche nach neuen Räumlichkeiten in Karlshorst begonnen bzw. der Träger hierbei bestmöglich unterstützt werden. Die betroffenen Familien dürfen in ihrem Bestreben, neue Kitaplätze zu finden, nicht allein gelassen werden. Idealerweise können möglichst viele Kinder weiterhin gemeinsam betreut werden, da ein Wechsel für die Kinder nicht nur eine logistische Herausforderung darstellt, sondern auch immer mit einer neuen Ein- und Umgewöhnung einhergeht. Im Ergebnis soll kein Kind quer durch die Stadt fahren müssen, um betreut zu werden.

Wir setzen uns selbstverständlich weiterhin für den Erhalt und Ausbau von Kitaplätzen in ganz Lichtenberg ein.

SAMANTHA KLUG

Wehret den Anfängen!

Am 27. Januar kamen auch in diesem Jahr an vielen Lichtenberger Orten Menschen zusammen, um anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee der unzähligen Opfer des Holocausts zu gedenken. Viele waren wieder der Einladung des Manfred von Ardenne Gymnasiums zur Erinnerung am Gedenkstein für die Synagoge an der Konrad-Wolf-Straße in Hohenschönhausen gefolgt. Einer Schule, in der viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund lernen, und das in einer Atmosphäre von Unvoreingenommenheit, Solidarität und gegenseitiger Achtung. Eindrucksvoll schilderten sie den gemeinsamen Schulalltag, in dem Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Der Theologe und Musiker Olaf Ruhl begleitete die Veranstaltung auch in diesem Jahr sehr einfühlsam mit jiddischen Liedern. Die Jugendlichen verlasen die Namen von Lichtenberger Opfern des Holocausts. Zu hören, wie viele hunderte Menschen und ganze Familien getötet worden sind, war schier unerträglich.

Angesichts des Erstarkens der AfD ist der Appell wichtiger denn je und hoffentlich noch nicht zu spät: Wehret den Anfängen!

2025 jährt sich zum 80. Mal die Befreiung von Auschwitz. Ein trauriges Jubiläum, das umso intensiver zu begehen sein wird. Die Linke in der BVV Lichtenberg stellt sich gemeinsam mit vielen anderen Menschen zu jeder Zeit Rechtsextremismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus entgegen. Nie wieder darf zugelassen werden, dass Menschen verfolgt, bedroht, entrechtet, ermordet werden!

TATJANA BEHREND

Auch Die Linke in der BVV hat am 27. Januar an der Gedenktafel für die Alte Synagoge in Hohenschönhausen Blumen abgelegt.

40 Jahre Neu-Hohenschönhausen

Gäste der Jubiläumsfeier: Michael Grunst, Ines Schmidt, Toni Kraus und Susann Schiebe.

Am 9. Februar haben wir das 40. Jubiläum der Grundsteinlegung von Neu-Hohenschönhausen im Kunsthaus 360° am Prerower Platz gefeiert. Die Veranstaltung war besonders bewegend, da Susann Schiebe von der ArtKi gGmbH, eine gebürtige Hohenschönhauserin, eine emotionale Rede über unseren Heimatbezirk hielt.

Michael Grunst, der ehemalige Bezirksbürgermeister für Die Linke, betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit eines kulturellen Zentrums für alle Bewohnerinnen und Bewohner Hohenschönhausens. Angesichts der zunehmenden Familienarmut sind besondere Bedürfnisse in Hohenschönhausen zu beachten, die im Gesamtbezirk Lichtenberg nicht immer ausreichend berücksichtigt werden. Mit dem KuBiZ setzt sich die Linksfraktion seit Jahren dafür ein, ein modernes, multifunktional nutzbares Kultur-, Bildungs- und Verwaltungszentrum in Hohenschönhausen anzusiedeln, das verschiedenste Angebote unter einem Dach vereint. Ein Projekt, das auch von Ines Schmidt, Mitglied des Abgeordnetenhauses für Die Linke und ebenfalls Gast bei der Jubiläumsfeier, auf Landesebene unterstützt wird.

Zum krönenden Abschluss wurde im Kunsthaus im wahrsten Sinne des Wortes der Grundstein gelegt: Ein faszinierendes Lego-Klemmbaustein-Projekt startet bald, bei dem Groß und Klein die Möglichkeit haben, Neu-Hohenschönhausen mit Bausteinen nachzubauen.

Übrigens: Schon elf Monate nach Grundsteinlegung wurden die ersten Wohnungen in der Barther Straße bezogen.

TONI KRAUS

Hand in Hand – **Für eine solidarische Gesellschaft**

Am 3. Februar demonstrierten wieder Hunderttausende rund um das Reichstagsgebäude in Berlin. Das Bündnis „Hand in Hand“, bestehend aus über 160 Organisationen, hatte zwei Wochen nach der ersten Großdemonstration in ganz Deutschland die Menschen erneut aufgerufen, der rechten Normalisierung in ganz Europa entgegenzutreten.

Beim Aktionstag #WirSindDieBrandmauer bildeten die Demonstrierenden eine Menschenkette rund um das Bundestagsgebäude. Es gilt für uns alle, die Demokratie und Menschenrechte gegen rechte Ideologien und Populismus zu verteidigen. Zahlreiche Mitglieder folgten auch an diesem Tag dem Aufruf der Berliner Linken. Auch die Linksfraktion Lichtenberg nahm mit unserer direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Gesine Lötzsch sowie zahlreichen Mitgliedern aus den Ortsverbänden daran teil. Gemeinsam zeigen wir, dass wir als Linke die einzige Alternative sind.

Machtvolle Demonstration gegen die faschistische Gefahr.

So verabschiedeten wir bereits am Holocaust-Gedenktag, dem 27. Januar, den Beschluss „Unsere Alternative heißt Solidarität“, und unsere Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan legten ein 4-Punkte-Sofortprogramm gegen die AfD vor. Dass so viele Menschen in ganz Deutschland an diesem regnerischen Samstag auf den Straßen waren, macht Mut für die anstehenden Wahlen in Ostdeutschland. Wir dürfen den Rechtsruck in den Parlamenten und in unserer Gesellschaft nicht zulassen. Als antifaschistische Partei ist es unsere Pflicht, den Rechten mit aller Kraft entgegenzutreten, hier und überall, heute und an jedem anderen Tag im Jahr. Für uns ist klar: Nie wieder ist jetzt!

CLAUDIA ENGELMANN

Übersetzerin, Lektorin, Vorleserin – Ursula Ulbricht

Ursula Ulbricht

Ursula Ulbricht gehört zu der Generation, die die Schrecken des 2. Weltkrieges noch miterlebte. Sie wurde 1935 in Brandenburg an der Havel geboren. Sie erinnert sich an einen für sie fremden Mann in Militäruniform, der die Familie beim Fronturlaub besuchte - ihren Vater Walter Fuchs. Er überlebte den Krieg und kehrte 1946 als Antifaschist aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurück. Ursula beschreibt die Aufbruchstimmung und den Neuanfang nach dem Krieg in der Sowjetischen Besatzungszone. Ihr Vater engagierte sich u.a. im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung, einer demokratischen Massenorganisation, die sich dem Antifaschismus und Humanismus verschrieben hatte. Ihre Mutter Ella wirkte im Demokratischen Frauenbund Deutschlands. In diesem Geist wuchs Ursula zusammen mit ihrem 1939 geborenen Bruder auf.

Ursula war eine gute Schülerin und sprachbegabt. Russisch und Englisch lernte sie schnell. Wie ihr Vater, der in der „Märkischen Volksstimme“ arbeitete, wollte sie Journalistin werden. Im Herbst 1953 begann sie ein Journalistikstudium in Leipzig und erklärte sich einverstanden, nach dem ersten Semester das Studium in Leningrad fortzusetzen. Ursula erzählt lachend, dass während der Vorbereitung sogar an einen warmen Wintermantel für sie gedacht worden ist. Doch es kam ganz anders. Das Ende des Koreakrieges führte dazu, dass das Kontingent für DDR-Studenten in der Sowjetunion zugunsten von Koreanern gekürzt wurde. Letztlich begann sie 1954 ein Studium der Polnischen Sprache und Literatur (Polonistik) in Krakau. Zu diesem Zeitpunkt sprach sie kein Wort polnisch. Nach einem Jahr war sie sprachlich soweit, dem regulären Vorlesungsbetrieb folgen zu können. In ihrer Magisterarbeit verglich sie zwei polnische Übersetzungen von Goethes Faust.

Schon während des Studiums hat Ursula gedolmetscht. Nach dem Studium wurden ihre guten Sprachkenntnisse auch vom ZK der SED und von der DDR-Regierung in Anspruch genommen. Sie dolmetschte auf höchster Ebene, so den damaligen Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Władysław Gomułka, und den langjährigen Ministerpräsidenten Polens, Józef Cyrankiewicz. Ihr letzter großer Dolmetschereinsatz war während des Globke-Prozesses 1963 in Berlin. Der Altnazi Hans Globke, der in der BRD Karriere machte, wurde vom Obersten Gericht der DDR in Abwesenheit zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Ursula hatte 1961 geheiratet und zwei Kinder bekommen. Sie arbeitete dann beim Rundfunk der DDR. In der Abteilung Internationale Verbindungen berichtete sie über das Leben in der DDR. In ihrer späteren Verlagstätigkeit hat sie im Kinderbuchverlag osteuropäische Literatur für Kinder lektoriert und polnische Kinderbücher übersetzt. Bis zum Ende der DDR war sie dann im Militärverlag in der Abteilung für Belletristik, Memoiren und Dokumentarliteratur beschäftigt. Mit 55 Jahren wurde sie in den Vorruhestand geschickt. Mit ihrem Mann Horst hat sie noch verschiedene Jobs angenommen: Aufsicht im Pergamonmuseum, Briefe nachts in der Post sortiert und Telefonumfragen bei Forsa durchgeführt. 1992 hat dann das Ehepaar eine große Reise durch die Türkei und Griechenland gemacht und die Stätten der Antike kennengelernt, die ihnen schon im Pergamonmuseum begegnet sind. Seit 2020 ist Ursula Ulbricht verwitwet. Sie ist auch im Alter sehr sportlich. Sie geht regelmäßig schwimmen und wandern. Seit einiger Zeit ist sie Vorleserin im Nachbarschaftstreff Mellenseestraße 24. Das macht ihr und den Zuhörern viel Vergnügen.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **21. März , 17 Uhr**
  Bezirksverordnetenversammlung, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36. Die Tagung wird auch im LiveStream übertragen: http://videotron.de/lichtenberg/

KULTURTIPP

Je pense à toi Charlott

Museum Lichtenberg

Landschaft. Erinnerung

Ratskeller-Galerie

Es sind ungewöhnliche Ausstellungen des Künstlerpaars Eva Beth und Torsten Oelscher, die an zwei Standorten im Bezirk zu sehen sind. Im Museum Lichtenberg werden Fotografien aus der Umgebung des früheren deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau gezeigt. Es sind vornehmlich Winterlandschaften. Es ist als, habe die Natur das Terrain zurückerobert, und doch bleibt es ein Ort der Vernichtung und Gewalt. Es ist eine besondere Erinnerung an die Shoa. Erstaunlich ist das Experiment, die sechs Buchstaben des Wortes GEWALT durch mathematische Berechnungen in Licht und Farbe umzuwandeln. In der rk-Galerie werden Fotografien und eine filmische Arbeit aus der Umgebung der ehemaligen Vernichtungslager Treblinka und Chełmno präsentiert.

DANIELA FUCHS

- **Museum Lichtenberg,** Türrschmidtstraße 24, Di bis So 11–18 Uhr, bis 23.6.24
- **rk-Galerie,** Möllendorffstraße 6, Mo–Fr 10–18 Uhr, bis 15.5.25

IMPRESSUM

Herausgeber:
Die Linke in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Christian Petermann, Antje Schiwatschev
Adresse der Redaktion:
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin
E-Mail:
fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de
Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de
Telefon: (030) 90 296 31 20
Redaktionsschluss: 21. Februar 2024
Gestaltung: Uta Tietze
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH